

Mülheimer Ärzte diskutieren mit Parlamentariern

Forum Gesundheit: 2009 – Ärzte vor der Wahl?“ war der Titel einer Diskussionsveranstaltung der Kreisstelle Mülheim der Ärztekammer Nordrhein.

von Horst Schumacher

Mit der jüngsten Gesundheitsreform sind viele Probleme des Gesundheitswesens nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben worden, glaubt Uwe Brock, Vorsitzender der Kreisstelle Mülheim der Ärztekammer Nordrhein: „Als Ärzte stehen wir zum Beispiel vor der Frage: Müssen wir die Leistungen für unsere Patienten kürzen?“ Über Fragen wie diese will Brock rechtzeitig vor der nächsten Reform das Gespräch mit Politikern suchen, und so machte er aus der Mitgliederversammlung seiner Kreisstelle kürzlich im Evangelischen Krankenhaus ein „Forum Gesundheit“, zu dem er vier Parlamentarier einlud. Rund 150 Ärztinnen und Ärzte kamen, das Podiumsgespräch der Politiker und die anschließende Diskussion moderierte Andreas Heinrich von der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ).

Bahr will mehr Freiheit

Mehr Freiheit und weniger Regulierung muss das Ziel weiterer Reformen im Gesundheitswesen lauten, meint der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Daniel Bahr. Er sieht die Gefahr, dass freie Arztwahl und Therapiefreiheit immer weiter ausgehöhlt werden. Bahr forderte, den Arztberuf wieder attraktiver zu machen. Heute sei bereits Unterversorgung festzustellen, und dies „nicht nur in der Uckermark“, sondern auch in Regionen Nordrhein-Westfalens.

Die Gesundheitspolitik der Großen Koalition habe Ergebnisse erbracht, „die für die CDU nicht sonderlich befriedigend sind“, bekannte der stellvertretende Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses, Dr. Hans Georg Faust (CDU). Doch immerhin glaubt der Parlamentarier, der von Beruf Anästhesist ist: „Die Politik hat verstanden, dass es ohne die Ärzte nicht

geht.“ Faust verlangte eine offene Diskussion in der Gesellschaft über die verdeckte Rationierung von Gesundheitsleistungen. Diese Debatte finde in der Politik nicht statt, weil die Politiker befürchten müssten, dafür von den Wählern abgestraft zu werden.

Diskussion über Grundversorgung

Auch der Bundestagsabgeordnete Eike Hovermann (SPD), Mitglied des Gesundheitsausschusses, eine „ehrliche Diskussion über Grundversorgung, Priorisierung und Rationierung“ für notwendig.

Die Interessen der Ärzte deckten sich häufig mit denen der Patienten, sagte Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen), Sprecherin des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales im nordrhein-westfälischen Landtag. Gleichzeitig nahm sie für ihre Partei in Anspruch, „die einzige Lobby für die Patientinnen und Patienten“ zu sein. Es dürfte keine „Gesundheitsversorgung nach Geldbeutel“ geben, bei der Reiche gut und Arme schlecht behandelt werden. Die Grünen-Politikerin forderte auch eine Aufhebung der sektoralen Trennung, die „gerade im ländlichen Raum nicht mehr haltbar“ sei.

Kassen blockieren Innovation

In der Diskussion wies Dr. Dietrich Rohde, Vorstandsmitglied und früherer Vorsitzender der Kreisstelle Mülheim der Ärztekammer Nordrhein, auf das von der ärztlichen Selbstverwaltung in der Modellregion

Düren initiierte Projekt zur sektorübergreifenden Versorgung hin. Rohde kritisierte, dass die Krankenkassen angesichts des Gesundheitsfonds und der auslaufenden Anschubfinanzierung für die integrierte Versorgung das innovative Versorgungsprojekt bisher nicht mittragen.

„Sie haben die Reputation dieses Berufsstandes zerstört“, hielt Dr. Christiane Friedländer, Vorsitzende der Vertreterversammlung der KV Nordrhein, den Politikern vor. „Ärztinnen und Ärzte sind auch bei Politikern eine sehr angesehene Berufsgruppe“, entgegnete CDU-Parlamentarier Hans-Georg Faust. Bei aller derzeitigen Aufregung über die Honorarreform glaubt er, „wir werden KV-Strukturen auch in Zukunft brauchen. Wir werden sie nicht zerschlagen, ohne etwas Besseres zu haben.“

Angesichts der finanziellen Probleme in der ambulanten medizinischen Versorgung betonte Rudolf Henke, Vorsitzender des Marburger Bundes und Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein: „Als Krankenhausärzte werden wir ein Wegbrechen der ambulanten Versorgung nicht auffangen können.“

In Deutschland solle die Gesundheitsversorgung „nach amerikanischem Muster industrialisiert“ werden, befürchtet Martin Graudus, Präsident der Freien Ärzteschaft. Er beklagte das Verschwinden von Einzelpraxen zu Gunsten von medizinischen Versorgungszentren. Der Gesundheitsmarkt werde mehr und mehr von Kapitalgesellschaften übernommen.

Zum Schluss stellte der Kreisstellenvorsitzende Uwe Brock die Frage, ob seine Kolleginnen und Kollegen nun wüssten, welche Partei sie bei der Bundestagswahl im September wählen sollen, denn: „Wenn Sie es nicht wissen, müssen wir diese Veranstaltung wiederholen.“



Auf unserem Bild v. l. n. r. Moderator Andreas Heinrich von der WAZ, die Politiker Barbara Steffens, Eike Hovermann, Dr. Hans Georg Faust und Daniel Bahr, ganz rechts Uwe Brock, Vorsitzender der Kreisstelle Mülheim der Ärztekammer Nordrhein.
Foto: Stephan Glagla